

Resolution der Teilnehmer*innen des 33. Journalismustags am 25. Januar in Berlin

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, auf eine Bedrohung der Pressefreiheit weltweit hinzuweisen, die unsere Solidarität und unser Handeln erforderlich macht: Es geht um den lebensbedrohlichen Zustand von Julian Assange.

Wie wir alle wissen, versucht die US-Regierung in Ausweitung ihrer nationalen Gesetze, die Auslieferung des australischen Staatsbürgers Julian Assange in die Vereinigten Staaten zu erreichen und nach dem Espionage Act anzuklagen. Ihm drohen 175 Jahre Gefängnisstrafe – für die Veröffentlichung der Afghanistan- und Irak-Papiere – Informationen, die ein völlig anderes Bild gezeigt haben von der Kriegssituation in diesen Ländern, von Kriegsverbrechen, begangen vom amerikanischen Militär, und damit von höchstem öffentlichen Interesse.

Die Enthüllungen und Informationen von Wikileaks waren die Grundlage, die Quelle für die journalistische Arbeit unzähliger Kolleginnen und Kollegen. Währenddessen wird der Urheber, diese Quelle an sich bedroht, sitzt in Einzelhaft unter menschenunwürdigen Bedingungen und schwebt den Aussagen des UN-Sonderberichterstatters Nils Melzers zufolge in Lebensgefahr.

Julian Assange ist umstritten - ja. Wikileaks hat möglicherweise personenbezogene Daten veröffentlicht, die Betroffene gefährdet haben – ja. Weder das eine noch das andere rechtfertigen den Umgang mit Julian Assange - und den Umgang mit der Pressefreiheit. Wer wird noch Verantwortung übernehmen und Informationen leaken, sich als Quelle einem Medium anvertrauen, wenn zu befürchten ist, dass die Auslieferung in die USA und Anklagen dort drohen. Wenn psychische Folter droht. Wer ist als nächstes dran? Wir wollen ein Signal für die Freilassung und für das Fallenlassen aller extraterritorialen Anklagen gegen Julian Assange senden. An die Politik in Deutschland, an die EU, an die britische Regierung, als Signal für eine starke und unangreifbare Pressefreiheit!